

Die faschistische Diktatur in Griechenland wird vor allem vom militärischen - industriellen Komplex in den Vereinigten Staaten und dem mit dem ausländischen Kapital eng verflochtenen einheimischen Finanzkapital entscheidend unterstützt. Diese beiden Kräfte müssen empfindlich unter Druck gesetzt werden damit a) alle politischen Gefangenen freigelassen werden und b) eine neue demokratische Regierung nach Säuberung des Staatsapparates freie Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung durchführt. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden allein oder in Verbindung mit anderen westeuropäischen Staaten:

- a) auf die Vereinigten Staaten im Rahmen der NATO einzuwirken. Die Bundesregierung sollte etwa erklären, dass sie allen Beschlüssen der NATO, die Einstimmigkeit fordern, nicht mehr zustimmen werde, solange die Demokratie in Griechenland nicht wiederhergestellt ist.
- b) auf die zuständige Organe der EWG einzuwirken, damit der Assoziierungsvertrag der EWG mit Griechenland gekündigt wird.

Die Jungsozialisten sollten vor Tagungen der zuständigen Organe der NATO und der EWG zusammen mit den griechischen politischen Organisationen Demonstrationen und Proteste vornehmen. Sie sollten weiter mit anderen Verbänden von Jungsozialisten in anderen Ländern gemeinsame Aktionen planen und organisieren, so dass die Empörung gegen das griechische Regime zu einem gesamteuropäischen Protest ausgeweitet wird.

Von der Bundesregierung und den Länderregierungen ist zu fordern, dass sie der Tätigkeit aller Stellen (Konsulate, Arbeiterkommissionen), die von der Junta benutzt werden um die in der Bundesrepublik lebenden Griechen zu terrorisieren und zu überwachen, ein Ende setzen. Diese Stellen sollen sich streng an die deutschen Gesetze halten. Die Arbeiterkommissionen sollen etwa von den Gebäuden der Arbeitsämter entfernt werden. Da in Griechenland nur eine ^{deutsche} Kommission besteht, soll auch in der Bundesrepublik nur eine griechische Kommission tätig sein.

Die örtlichen Verbände der Jungsozialisten sollten auf lokaler Ebene Verbindung mit den Organisationen des griechischen Widerstandes aufnehmen und mit diesen gemeinsame Programme für die Mobilisierung der öffentlichen Meinung entwerfen. So könnte etwa auf Bundesebene eine Aktion gegen Reisen nach Griechenland unternommen werden.

Den griechischen politischen Organisationen mangelt es vielfach an Räumen. Ihrer Tätigkeit würde sehr geholfen werden, wenn ihnen die Jungsozialisten Räume sowohl für die Büroarbeit als auch für die Vornahme von Sitzungen zur Verfügung stellen würden.

Das Problem, an dem die Tätigkeit des griechischen Widerstandes leidet, ist der Mangel an finanzielle Mittel. Die PAK (Panhellenische Befreiungsbewegung) würde jede Initiative (Veranstaltungen, Sammlungen, Ausstellungen) begrüßen und unterstützen, die zur Lösung dieses Problems beitragen könnte.

Bei der SPD besteht ein Solidaritätsfonds für Griechenland. Es wäre zweckmässig, dass die Mittel aus diesem Fonds entweder von der SPD gemeinsam mit Vertretern der griechischen Widerstandsgruppen oder vom zu gründenden deutschen Komitee für ein demokratisches Griechenland verwaltet werden

Um die Griechen in der Bundesrepublik noch stärker zu mobilisieren, ist es nötig die Tätigkeit der griechischen politischen Organisationen auf Betriebsebene zu entfalten. Die Gastarbeiter müssen in den deutschen Gewerkschaften organisiert werden. Die Mitarbeit der Jungsozialisten zu diesem Zweck wäre begrüssenswert.